

Schröder: Es wird eine große Koalition geben

Bundeskanzler vermeidet Aussage über seine künftige Rolle / CSU richtet sich auf Stoibers Wechsel ein

ban./ff. BERLIN/MÜNCHEN, 27. September. Bundeskanzler Schröder (SPD) hat sich auf einer Veranstaltung in Straßburg zuversichtlich geäußert, daß es zur Bildung einer großen Koalition mit den Unionsparteien kommen werde. Er wiederholte seine Argumentation, die Wähler hätten bei der Bundestagswahl jenen Parteien, die entweder gegen die Reformpolitik seiner Regierung gearbeitet hätten oder die "den Sozialstaat" abschaffen wollten, jeweils nur etwa zehn Prozent der Stimmen gegeben. Dieses Ergebnis erfordere eine Regierung, die dieser Tatsache gerecht werde. "Ich bin ganz sicher, daß es diese Regierung in Form einer großen Koalition geben wird."

Schröder vermied dabei den Zusatz "unter meiner Führung" und ließ in der Rede in Straßburg seine eigene Rolle offen. Auch in den Gremiensitzungen der SPD am Montag hatte er sich nicht festgelegt, welche Rolle und politische Funktion er einnehmen werde, falls die Unionsparteien ihren Anspruch auf das Bundeskanzleramt durchsetzten. Wenigstens angesichts der Verhandlungslage, nach welcher die SPD den Anspruch auf das Amt des Bundeskanzlers weiterhin aufrechterhält, ließ sich Schröder nicht auf Äußerungen für den Fall ein, daß sich diese Position nicht werde durchsetzen lassen. Einen Automatismus, nach welchem er dann aus Führungsfunktionen ausscheiden würde, hatte Schröder nicht hergestellt.

Müntefering hatte bei den Beratungen der SPD-Führungsgremien am Montag versichert, die Gruppe von Sozialdemokraten, die die eigentlichen Koalitionsverhandlungen mit den Unionsparteien führen werde, werde anders zusammengestellt sein als die "Sondierungsgruppe", die an diesem Mittwoch die Gespräche mit der Spitze der Unionsparteien führt. Dieser gehören neben Schröder und Müntefering die stellvertretenden Parteivorsitzenden Wirtschaftsminister Clement und Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul sowie Sozialministerin Ulla Schmidt an. In den Gremiensitzungen des Präsidiums und des SPD-Vorstands sowie des Parteirates hatte es kritische Nachfragen gegeben, die - ohne daß Namen genannt worden wären - auf die Person Clements zielten. Die Positionen der SPD müßten bei den Verhandlungen mit der Union berücksichtigt werden, hatten unter anderen das Präsidiumsmitglied Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin von Bonn, und die SPD-Linke Andrea Nahles moniert. Bundesfinanzminister Eichel forderte die Union auf, mit der ernsthaften Bereitschaft zur Konsolidierung des Haushalts in die Sondierungsgespräche über eine große Koalition zu gehen. Er könne nur hoffen, daß die Union kein taktisches Spiel betreibe, sondern ihre Sparankündigungen tatsächlich ernst meine, sagte Eichel der Nachrichtenagentur Reuters am Dienstag.

Unterdessen stellt sich die CSU auf die Möglichkeit ein, daß ihr Vorsitzender Stoiber nach Berlin wechselt. (Fortsetzung Seite 2, siehe Wirtschaft Seite 14.) Die Entscheidung Stoibers werde zwar erst endgültig fallen, wenn Koalitionsverhandlungen beendet seien, hieß es am Dienstag in München. Doch die Signale, die Stoiber setze, seien nicht zu übersehen. Aufmerksam wurde in der Partei registriert, daß Stoiber am Dienstag ein Arbeitsprogramm für eine große Koalition skizzierte. Eine neue Regierung müsse als erstes großes Vorhaben die Reform des Föderalismus in Angriff nehmen, als "Mutter aller Reformen", sagte Stoiber der Zeitung "Bild". Eine "Koalition des Sachverstands" müsse es auch schaffen, die Lohnzusatzkosten in den Griff zu bekommen und die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren.

Für einen Wechsel Stoibers nach Berlin spricht in der Einschätzung von CSU-Politikern die Lage der Partei in einer großen Koalition. Die CSU werde in einem solchen Bündnis die kleinste politische Kraft sein; rein rechnerisch werde es auf sie nicht ankommen, weil SPD und CDU auch ohne die CSU über eine Mehrheit verfügten. In einer solchen Konstellation sei die CSU auf eine möglichst kraftvollen Auftritt in Berlin angewiesen, den Stoiber als Parteivorsitzender nur garantieren könne, wenn er ein Regierungsamt wahrnehme. Die Teilnahme des Parteivorsitzenden an Koalitionsrunden reiche nicht aus, um eine ausreichende Präsenz der CSU in der öffentlichen Wahrnehmung zu erzielen, wird in München hervorgehoben; auch andere CSU-Politiker im Kabinettsrang könnten eine solche Wirkung nicht gewährleisten.

Der personelle Spielraum der CSU in einer großen Koalition wird als gering eingeschätzt. Es wird daran erinnert, daß die CSU in der großen Koalition der Jahre 1966 bis 1969 mit drei Ministern

vertreten war - mit dem Parteivorsitzenden Strauß als Finanzminister, Landwirtschaftsminister Höcherl und Postminister Dollinger. Bei der Bundestagswahl des Jahres 1965 hatte die CSU allerdings mit 55,6 Prozent der Stimmen in Bayern - auf das Bundesgebiet bezogen waren es 9,6 Prozent - deutlich besser abgeschnitten als am 18. September mit 49,3 Prozent (7,4 Prozent in Bund).

Angesichts dieser Lage wird in München nicht damit gerechnet, daß im Falle eines Wechsels Stoibers nach Berlin auch noch der bayerische Innenminister Beckstein in ein Kabinett Merkel eintreten wird; Beckstein gilt in dieser Variante als Favorit für die Nachfolge Stoibers als Ministerpräsident. Stoiber sagte am Dienstag, er werde sich der Verantwortung stellen, wenn die Konstellation danach sei. Deutschland brauche angesichts der gewaltigen Schwierigkeiten, in denen das Land sich befinde, eine "Koalition der Kompetenz". Eine große Koalition müsse sich rasch den entscheidenden Fragen stellen, sonst werde sie keine Legitimation haben. Eine neue Regierung müsse möglichst noch im Oktober die Arbeit aufnehmen. Stoiber bekräftigte, daß für die CSU die Kanzlerfrage geklärt sei. Die Union sei die stärkste Fraktion und werde mit der CDU-Vorsitzenden Merkel die Kanzlerin stellen. Der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Herrmann, plädierte am Dienstag dafür, daß im Falle erfolgreicher Verhandlungen zwischen Union und SPD ein kleiner Parteitag der CSU einberufen werde; eine so grundsätzliche Frage müsse innerparteilich ausführlich erörtert werden.

Der stellvertretende CSU-Vorsitzende Seehofer bezeichnete am Dienstag das Abschneiden seiner Partei bei der Bundestagswahl als "unerfreulich". Die CSU habe das Potential, ein Ergebnis von mehr als fünfzig Prozent der Stimmen zu erreichen, sagte Seehofer dem "Handelsblatt". Es müsse die richtige Ausgewogenheit zwischen Wirtschaftskompetenz und Sozialverantwortung hergestellt werden: "Den neoliberalen Zeitgeist können wir der FDP überlassen." SPD und Union müßten sich jetzt auf die Sondierung von Sachfragen konzentrieren; parallel oder anschließend sollten Personalfragen geklärt werden. Die beiden großen Parteien müßten aufeinander zugehen, forderte Seehofer: "Das wird uns nicht gelingen, wenn wir uns ständig gegenseitig öffentlich Bedingungen stellen."

Äußerungen der hessischen Landesvorsitzenden Andrea Ypsilanti, die SPD solle "lieber in Kauf nehmen, einige Zeit ohne parlamentarische Mehrheit zu regieren", als sich in eine "große Koalition stürzen, die nicht überlebensfähig ist", wurde unter führenden Sozialdemokraten in Berlin nicht ernst genommen. Nicht einmal in den Reihen der SPD-Linken fanden derlei Vorstellungen eine mehrheitliche Zustimmung, hieß es mit Blick auf ein Treffen der Partei-Linken am Wochenende in Berlin.

Koch sprach mit DGB-Chef

ptn. WIESBADEN, 27. September. Der hessische Ministerpräsident Koch (CDU) hat sich Ende der vergangenen Woche mit DGB-Chef Sommer getroffen. Wie der Sprecher der hessischen CDU-Regierung, Metz, am Dienstag in Wiesbaden sagte, gab es bei der Zusammenkunft "selbstverständlich auch eine offene Aussprache darüber, wie dem gerade in diesen Wochen wieder stärkeren Arbeitsplatzabbau in Deutschland begegnet werden kann". Metz widersprach Mutmaßungen, bei diesem Treffen habe es sich um "geheime Nebenverhandlungen" gehandelt. Nach Darstellung des Sprechers führt der Ministerpräsident regelmäßig Gespräche mit führenden Gewerkschaftern, denn er sei an einem "vernünftigen Klima mit den Gewerkschaften" interessiert. Bei diesen Gesprächen sei Vertraulichkeit selbstverständlich. Zu der Spekulation darüber, daß die Union im Falle einer großen Koalition möglicherweise nicht auf ihren Plänen bestehe, das Tarif- und Arbeitsrecht zu lockern, sagte Metz, es verstehe sich von selbst, daß die Verhandlungspartner in der Regel nicht ihre Maximalpositionen durchsetzen könnten. Auch sei es eine Selbstverständlichkeit, daß Verhandlungen mit der SPD sicher ein anderes Ergebnis hätten als solche mit der FDP.

Konvent für große Koalition

BERLIN, 27. September (dpa). Der Konvent für Deutschland, ein Beratergremium unter Vorsitz des früheren Bundespräsidenten Herzog, spricht sich für eine große Koalition aus. "Große Koalitionen bergen zwar immer das Risiko lähmender Pattsituationen, sie bieten aber auch die Chance zur Durchsetzung notwendig gewordener Strukturentscheidungen", teilte ein Sprecher des Konvents am Dienstag in Berlin mit. Eine große Koalition könne Aufgaben lösen, die im "normalen Gegenüber von Regierung und Opposition nur sehr viel schwerer oder kaum gelöst werden können", hieß es. Wichtig sei eine Neuordnung der politischen Entscheidungssysteme vor allem in vier Punkten: Das föderale

System müsse wieder handlungsfähig werden, die Finanzverfassung müsse entflochten werden. Dazu kämen eine langfristige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und eine Stärkung der Wähler bei der Auswahl der Wahlkreiskandidaten. Der Konvent für Deutschland versteht sich als überparteiliches und unabhängiges Beratergremium für die Politik. Ihm gehören neben Herzog unter anderen die SPD- und FDP-Politiker Klaus von Dohnanyi und Otto Graf Lambsdorff, die frühere Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, der Unternehmensberater Roland Berger und der frühere Industrie-Präsident Hans-Olaf Henkel an.

Text: F.A.Z., 28.09.2005, Nr. 226 / Seite 1